

## ***Auszug aus dem Protokollbuch des Gemeinderates Raeren***

**Sitzung vom 25. Oktober 2007**

Anwesend : Bürgermeister Hans-Dieter Laschet, Vorsitzender  
René Chaineux, Bodo Lux und Fabienne Xhonneux, Schöffen  
Agnes Cool-Krafft, August Boffenrath, Christoph Heeren, Marcelle  
Vanstreels-Geurden, Dieter Müllender, Patrick Mennicken, Theresa  
Wollgarten-Kockartz, Werner Moeris, Resel Reul-Voncken, Mario Pitz,  
Werner Reinartz mit seiner Ehegattin Frau Angelika Reinartz-Dohlen,  
Tom Simon, Hedy Dejonghe-Frechtes, Ludwig Gielen, Erwin Güsting,  
Gemeinderäte.  
Bernd Lentz, Gemeindesekretär.

Entschuldigt: Schöffe Mario Piel und Ratsmitglied Franz-André Klein

Punkt **12 e)** der Tagesordnung:

Der Gemeinderat wurde aufgrund der Artikel L1122-11 und 1122-12 des Kodexes der lokalen Demokratie und Dezentralisierung vorschriftsmäßig einberufen und hat folgenden Beschluss gefasst:

### **Festsetzung einer Steuer auf Campingplätze**

Der Gemeinderat,

Aufgrund des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung;  
insbesondere Artikel L1122-30;

Aufgrund der geltenden gesetzlichen und vorschriftsmäßigen Bestimmungen in  
Sachen Festlegung und Beitreibung der Gemeindesteuern;

In Anbetracht der finanziellen Lage der Gemeinde;

Nach Anhören des Berichtes des Finanzschöffen sowie des Bürgermeisters;

Nach eingehender Diskussion und Beratung;

Auf Vorschlag des Gemeindegremiums;

**B E S C H L I E S S T** einstimmig:

**Artikel 1:** Zugunsten der Gemeinde Raeren wird ab dem 01. Januar 2008 für die Dauer von 5 Jahren, endend am 31. Dezember 2012 eine jährliche Gemeindesteuer pro Stellplatz auf den Campingplätzen erhoben.

Unter Camping versteht man diejenigen, wie sie durch das Dekret der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 09. Mai 1994, in seiner aktuell geltenden Fassung definiert sind.

Jedoch sind alle Gelände von dieser Verordnung ausgeschlossen, die höchstens 60 Tage jährlich für die Ausübung des Campings von organisierten Gruppen, unter Aufsicht von einem oder mehreren Leitern und Benutzung von Zelten als Unterkunft, verwendet werden (Haushaltsartikel: 040/36427).

**Artikel 2:** Die Steuer wird auf **13,00- € pro Stellplatz**, belegt oder nicht belegt, der für das Aufstellen der im Artikel 1 des oben erwähnten Dekretes vom 09.05.1994 aufgezählten Unterkünfte reserviert ist, festgesetzt.

**Artikel 3:** Die Steuer wird vom Betreiber des Campinggeländes geschuldet. Im Falle der Vermietung ist der Eigentümer für die Zahlung der Steuer solidarisch und unteilbar mithaftbar.

**Artikel 4:** Die Erfassung der besteuerebaren Einheiten erfolgt seitens der Gemeindeverwaltung. Sie erhält von den Betreffenden eine unterschriebene Erklärung mit einem von ihr bestimmten Wortlaut und innerhalb der von ihr festgesetzten Frist. Diejenigen Personen, die nicht zum Ausfüllen einer Erklärung aufgefordert wurden, haben der Gemeindeverwaltung unaufgefordert die zur Besteuerung erforderlichen Angaben mitzuteilen, und zwar spätestens am 31. Dezember des Steuerjahres.

Gemäß Artikel L3321-6 des Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung (Artikel 6 des Gesetzes vom 24. Dezember 1996 betreffend der Festsetzung und Beitreibung der Provinzial – und Gemeindesteuern), zieht die Nichteinreichung der Erklärung innerhalb der vorgesehenen Frist oder die fehlerhafte, unvollständige oder ungenaue Erklärung seitens des Steuerpflichtigen die Besteuerung von Amts wegen mit sich.

Im Falle einer Besteuerung von Amts wegen wird der geschuldete Steuerbetrag auf den doppelten Betrag der zu zahlenden Summe erhöht.

**Artikel 5:** Für alles, was in gegenwärtiger Steuerverordnung nicht vorgesehen ist, wird auf den Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung, dritter Teil, Buch III, Titel II sowie den Königlichen Erlass vom 12. April 1999, der die Prozedur im Falle einer Reklamation gegen eine Provinz- oder Gemeindesteuer vor dem Gouverneur oder dem Gemeindegremium festlegt sowie die Artikel 7,8 und 9 des Programmgesetzes vom 20. Juli 2006, die die Fristen zum Einreichen einer Reklamation gegen eine Provinzial – oder Gemeindesteuer neu festlegen, verwiesen.

**Artikel 6:** Gegenwärtigen Beschluss wird der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft übermittelt.

Im Auftrag des Rates :

Der Sekretär  
B. Lentz

Der Vorsitzende  
H.D. Laschet

Für gleichlautende Ausfertigung :

Der Gemeindesekretär

Der Bürgermeister